Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846
1846

144 (15.4.1846)

Visual Library

Wochenblatt (LXIII.)
als Fortsetzung der
Die Landtagszeitung besteht aus einem Abonnement von 150 Nummern und kostet 3 fl. 48 kr. Durch die Post bezogen 4 fl. 48 kr. für Baden.

Landtags-Zeitung.

Man abonnirt bei dem nächstgelegenen Postamte, in Karlsruhe bei Malsch und Vogel, von welchen das Blatt auch im Buchhändlerwege zu beziehen ist.

[Nr. 144 u. 145.] Karlsruhe 1846. [15. April.]

Herausgegeben von Karl Mathy. — Redigirt von Karl Stein. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Rundschau.

Vom 9. April.

— Nach einem Schreiben aus München in der Abendzeitung wird der Rest des baierischen Landtags nicht sehr lebhaft werden. Der Präsident der ersten Kammer, Fürst Leiningen, der Kronprinz, Fürst Wrede, sodann viele Mitglieder der zweiten Kammer sind in Urlaub gegangen und werden nicht mehr erscheinen. Dazu bemerkt der Brief: „Die noch in der Schwebe befindlichen Religionsfragen dürften wegen mangelnder Mitgliederzahl entweder gar nicht, oder andern Falls summarisch zur Abstimmung kommen. Ob damit der mit großem Lärm verkündete Kampf gegen das Ministerium des Hrn. v. Abel abgemacht oder nur verschoben ist, kann nicht mit Gewißheit behauptet werden, interessirt im Grunde genommen auch nicht allzusehr außerhalb des Königreichs Baiern, wo man längst auf die thätige Theilnahme eines gewissen Volksstammes an den Fortschrittsbestrebungen einer riesenhaft schreitenden Zeit verzichtet haben mag. Unterdessen ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Zwischenzeit zwischen dem jetzigen und dem nächstkünftigen Budgetlandtage mit polemischer Literatur über religiöse und finanzielle Zustände ausgefüllt oder vielmehr einigermaßen belebt wird. Bereits spricht man von einer unter der Presse befindlichen, nach der baierischen Verfassungsurkunde censurfreien Druckschrift, welche zunächst die Wirksamkeit der vier Staatsmänner v. Abel, Freiberg, Hörmann und Seinsheim, welche, unter sich innig verbunden, für die vier weltlichen Hauptsäulen des gegenwärtigen Systems gelten, näher beleuchten soll. Es wäre hiebei zu wünschen, daß nur Staatlich-Sachliches und nicht Häuslich-Persönliches, woran jeder Sterbliche mehr oder minder krank ist, der Kritik unterworfen wird, um so mehr, da es doch entschieden scheint, daß der Orden, welchem jene vier Männer befreundet, vor der Hand noch nicht unter amtlicher Permission in Baiern sich etabliren werde."

— Einem von Lücken durchfurchten Berichte über die Wahl zu Bonndorf in den Seeblättern entnehmen wir folgende Stelle: „Von den 61 Stimmen, welche auf Welcker fielen, wurden vier beanstandet, weil eine derselben Professor in Freiburg, eine andere ihn Hofrath in Mannheim nannte u. drgl. Mittermaier bekam 19 Stimmen und Weinhändler Hepting zu Böhrenbach wurde einstimmig gewählt. — Pfarrer Julius Ritter von Braun zu Ewatingen gab sich — nebst den Beamten — seit längerer Zeit alle mögliche Mühe, den Hrn. Mittermaier gegen Welcker durchzusetzen, und wir haben ein Schreiben in Händen, worin die Wahlmänner gerade an jenen Ritter als ihren Leitsmann angewiesen werden ꝛc. Pfarrer Braun war immer einer der eifrigsten und liberalsten Reformfreunde und Fortschrittsmänner; nun aber hat er sich bekehrt, man sagt, weil ihn der Schuh drücke, sein Oberamtmann ihm zum Dekanate verhelfen wolle ꝛc. Für diese Changirung hatte aber Hr. Ritter von Braun beim Mittagessen, das in der Post gemeinschaftlich eingenommen wurde (die Hrn. Beamten aßen im obern Stocke) bitter zu büßen. Auch ein Bürgermeister, der, ohne Wahlmann zu sein, den Handlanger für Mittermaier machte, kam nicht viel besser weg. Gute Trinksprüche brachten Pfarrer Heinemann, Posthalter Thoma, Anwalt Thoma, Pfarrer Haid und Welte von Mundelfingen. Die zahlreich Anwesenden giengen Abends froh und neu ermuthigt aus einander, und in der ganzen Gegend herrscht unter Bürgern und Volk über das glückliche Wahlergebniß nur Eine Freude."

— Die Süddeutsche hatte den Lehrer zu Berau wegen seines Benehmens bei der Urwahl verdächtigt. Der Lehrer wies die falschen Angaben gebührend zurück und der Gemeinderath bestätigt die Wahrheit seiner Erklärung, indem er zugleich der Süddeutschen zu bedenken gibt, es sei unchristlich, Zwietracht in die sonst einige Gemeinde zu streuen und einen Mann herabzuwürdigen und bei den Behörden zu verdächtigen, der die Zufriedenheit aller Bürger genießt. So müssen sich die Herren von der Süddeutschen zu ihrer

Beschämung von dem Gemeinderath zu Berau den Spiegel ihrer Christlichkeit vorhalten lassen.

— Die Abendzeitung erhebt sich heute (Nr. 97) gegen die Prügelstrafe beim Militär, welche noch immer (wenn auch nicht mehr so häufig wie früher) angewendet wird, obgleich die körperliche Züchtigung längst aufgehoben und selbst in den Strafanstalten abgeschafft ist. Ferner wird die schlechte Einrichtung der Militärgefängnisse gerügt. (Manche Amtsgefängnisse sind noch schlechter). Aus Eberbach werden große Gesinnungsoffenbarungen berichtet, die sich am Abend des 3. April in Lärm und Thätlichkeiten gegen die Liberalen Luft machten.

— Hr. Hofrath Platz liefert in der heutigen Nummer des sel. Morgenblatts (Nr. 85) den Schluß seines zweiten Sendschreibens an seinen Kritiker im Mannheimer Journal. Im Gebrauch der persönlichen Fürwörter sind der Hr. Hofrath besonders stark. Das Wörtlein „Ich" kömmt in dem Schlusse des Sendschreibens Einundfünfzigmal im Nominativ vor, und unzählige Male in den drei übrigen Fällen „meiner, mir und mich;" zur Abwechselung wird das allgemeine Fürwort „man" öfter statt „ich" angewendet; auch das besitzanzeigende „mein (Sendschreiben), meine (Censurmotion), mein (Gift)" ist nichts weniger als selten. Wie kann sich nun der Hr. Hofrath beklagen, wenn ihm der Kritiker vorhält, daß er (Hofrath Platz) „in großen allgemeinen Fragen sein „Ich" durchklingen, sich von einem kleinen Aerger des Parteigeistes beherrschen" lasse? Es ist leider nur zu wahr. Ein Pröbchen seiner politischen Weisheit, außer den vielen, welche die Motion geliefert hat, wollen wir aus dem Schlusse des Sendschreibens anführen. Der Hr. Hofrath behaupten: Dänemark verhalte sich zu Deutschland, wie Modena zu Frankreich. Deutschland brauche sich um Dänemarks Meinung so wenig zu kümmern, wie die Franzosen um die modenesische. Wollen uns der Hr. Hofrath gefälligst mittheilen, wo das französische Schleswig-Holstein liegt, welches der Herzog von Modena seinen Staaten einverleiben will, und wo das französische Truppenkorps steht, welches modenesisch kommandirt wird? — Der Hr. Hofrath behaupten unter anderen kühnen Dingen in dem Schlusse des Sendschreibens folgende: Er habe in seiner Motion nachgewiesen, welche Riesenschritte Deutschland unter der Censur gemacht habe, und daß ein Blick auf Deutschland nur fröhliche Empfindungen wecken könne (besonders der Blick auf die letzte Wahl in Wertheim); ferner, daß Mathys Motion auf Herstellung des freien Gebrauchs der Presse nicht so viel Dank verdiene als die seinige auf ein Bundespreßgesetz; er habe die Censur nur gegen die falschen Angriffe in Schutz genommen, und verdamme sie auch; er sei nicht neidisch auf die Lorbeeren seiner Vorgänger, und wolle ihnen den Kranz nicht vom Haupte reißen; er strebe nicht nach Volksgunst (was in Wertheim allgemein bekannt ist) und beneide Hrn. Mathy nicht um seinen Ruhm; er habe nicht gegen Personen gekämpft, sondern gegen Prinzipen (dies ist besonders kühn!). Der Hr. Hofrath versprechen am Schlusse des Sendschreibens noch einen weiteren Aufsatz, — lauter frisches Fleisch für das sel. Morgenblatt. Wir bedauern übrigens, vor dem Genusse desselben warnen zu müssen. Gestern schon gab Hr. Hofrath Platz an, er sei durch den Hauch unseres Blattes vergiftet, und heute fügt er hinzu, er sei mit vergifteten Waffen verwundet worden. Jedenfalls muß man sich daher vor seinen Erzeugnissen in Acht nehmen; er macht selbst darauf aufmerksam, daß sie giftig sind und wir werden sie, sobald sie uns zu Gesicht kommen, sanitätspolizeilich behandeln, ehe wir sie weiter empfehlen.

Vom 10. und 11. April.

— Die Schiffeigenthümer in Bremen haben von den Auswanderungen nach Amerika große Vortheile; sie schaffen Menschen hinüber und bringen als Rückfracht Tabak, Baumwolle u. s. w. nach Deutschland. Die Weserzeitung sieht daher in den Auswanderungen „ein Samenkorn für die Zukunft, dessen Fruchtbarkeit außer aller Berechnung liegt." Den Verlust an Kapital und Arbeitskräften für Deutschland schlägt sie ganz gering an, besonders im Verhältniß zu den Verlusten, welche aus der Vernachlässigung der deutschen Handelsinteressen im Zollverein hervorgehen. In England bestehe die größte Auswanderung und zugleich die stärkste Vermehrung der Bevölkerung; die Regierung, weit entfernt, die persönliche Freiheit zu beschränken, begünstige vielmehr die Auswanderung auf alle mögliche Weise. Dies ist richtig; allein die englische Auswanderung geht nach englischen Besitzungen, sie bleibt daher dem Mutterlande erhalten und bringt ihm größere Vortheile durch die Verwendung ihrer Kapital- und Arbeitskräfte in den Kolonien, als es ihr auf der brittischen Halbinsel möglich gewesen wäre. Uebrigens sind wir darin mit der Weserzeitung einverstanden, daß die deutschen Auswanderer nicht ohne Schutz von Seiten der deutschen Regierungen gelassen werden sollten; endlich sind wir auch der Meinung, daß die Auswanderung nicht gehemmt werden möchte, wie in Preußen, sondern daß vielmehr die Ursachen der Auswanderung, nämlich die Beschränkungen der bürgerlichen Freiheit, der Druck der Bevormundung,

das Vielregieren, die ungleiche Vertheilung der Staatslasten, die Schutzlosigkeit der Industrie gehoben werden möchten.

— Die Kriminaluntersuchung gegen Ronge, wegen starker Aeußerungen über die römische Kirche ist — nach der deutschen Allg. Z. — niedergeschlagen und durch den Oberpräsidenten in Schlesien v. Wedell, in eine Polizeistrafe von 50 Thalern verwandelt.

— Bei Berathung der Gewerbeordnung in der hannöver'schen zweiten Kammer, sprachen sich alle Redner, mit Ausnahme eines einzigen, gegen die Bestimmung des §. 40 aus, daß zum Betriebe des Buchhandels eine Concession erforderlich sein soll. Gegen die Censur wurden starke Beschwerden erhoben.

— Nachdem der Rhein. Beobachter gestern von Berlin aus berichten mußte, daß die Jesuiten nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Deutschland Umtriebe machen, die er zu bekämpfen habe, vertheidigt er sich heute gegen die Angriffe der ultramontanen rheinischen und westphälischen Blätter, die ihm Katholikenhaß schuld gegeben und überschreibt seine Vertheidigung: „Schamlose Frecheit im Lügen." Die Grobheit der „guten Presse" hat nur den Fehler, daß sie leichtsinnig ist; sie hat zwei Schneiden, mit deren Einer sich die „gute Presse" selbst verwundet. Von der Verfassung, welche der Rhein. Beobachter bisher noch mehr als die Jesuiten haßte, schweigt er jetzt. Er scheint Nachrichten aus Berlin abzuwarten, wie es mit den neuesten Gerüchten über eine bevorstehende preußische Reichsverfassung sich verhalte, um sich danach benehmen zu können. Die Gründe, welche seine politische Ueberzeugung bestimmen, kommen ihm von Berlin, wenn sie drei Monate ausblieben, so müßte der Rhein. Beobachter aufhören, denn von seinen Paar Abonnenten kann er nicht leben.

— Die Klagen über die Noth der Zeit finden keine Anwendung auf die Modehandlung des Hrn. Baudrimont in der Straße Vivienne zu Paris. Dort ist nämlich die Ausstattung der russischen Großfürstin Olga bestellt; darunter befinden sich 12 Dutzend mit Spitzen besetzte Taschentücher, von denen das Stück 5,000 Franken kostet. Macht 720,000 Franken oder 336,000 fl. blos für Taschentücher. Die Würtemberger würden es nicht übel genommen haben, wenn die Ausstattung ihrer künftigen Kronprinzessin in Stuttgart bestellt worden wäre, es gibt dort auch geschickte Leute. In der vornehmen Welt gilt aber noch immer nichts für schön, was nicht von Paris kömmt.

— Der Oberprokurator Leue in Koblenz, dem die preußische Regierung wegen eines Buches, worin er die Vorzüge des Geschwornengerichtes, so wie des öffentlichen und mündlichen Verfahrens nachgewiesen, den Prozeß gemacht hatte, ist am 8. April von dem Appellationshofe in Köln freigesprochen worden. In Köln gibt es also noch Gerechtigkeit.

— Die Breslauer Z. (Nr. 81) holt Waffen für ihre Verfassungswünsche aus dem feindlichen Lager, nämlich aus der Vorrede zu den Fragmenten aus der neuesten Geschichte u. s. w. von Friedrich von Gentz. Sie führt unter Anderem folgende Stellen an: „Je beharrlicher, je entschlossener ihr fortschreitet, desto sicherer entgeht ihr der Ermattung, desto frischer weht die Hoffnung euch an, desto schneller kömmt die Morgenröthe euch entgegen." Ferner als Trost für die politischen Schriftsteller, welche jetzt in Preußen durch neue Regierungszeitungen in den Aeußerungen, die ihnen die Censur etwa stehen läßt, bekämpft werden sollen: „Noch eine helle Aussicht bleibt übrig, und diese — ein überschwenglicher Trost — kann keine Tücke des Schicksals verdunkeln. Die Starken, Reinen und Guten, wie gering auch ihre Zahl sein mag, müssen fest und unzertrennlich zusammenhalten, müssen wechselweise einander belehren und zusprechen und tragen und heben und begeistern." Den Wankenden endlich, die heute für, morgen gegen die Verfassung schreiben sich immer vor Prozessen und Strafe fürchten und am Ende gar noch die Angeber machen um wieder zu Gnaden zu kommen, wird mit den Worten des Ritters von Gentz zugerufen: „Wer nicht den Muth in sich fühlt, oder wem äußere Verhältnisse nicht gestatten, über große Dinge, in großer Manier, das heißt, mit Bestimmtheit, mit Offenheit, mit rechtschaffenem Interesse an der Sache, mit Ehrfurcht vor seinem Gegenstande, und, ohne daß ihm bei jedem Federzuge ein Verhafts- oder Verbannungsbefehl vorschwebe, zu schreiben, der sei wenigstens gewissenhaft genug zu schweigen." — Vielleicht befolgen sie diese schöne, patriotische Lehre besser als der, der sie damals ausgesprochen. Gentz, der große Kämpfer gegen die Fremdherrschaft in Deutschland und alle Uebel, die sich an sie knüpfen, ist die beste Autorität, daß man für die Befreiung und das Besserwerden streiten und kämpfen kann, ohne ein Aufreger des Volkes zu sein, daß man aber diesem Befreiungs-Kampfe nie untreu und ein publizistischer Denunziant werden darf, ohne als Mensch der allgemeinen Verachtung zu verfallen.

— Der Senat der Universität Königsberg hatte vor einiger Zeit dem Professor Jakobsen gedankt, daß er das Censoramt nicht annahm; er hatte ferner dem Polizeipräsidenten Abegg, der bei den Bürgern allgemein beliebt war und deshalb zur schlesischen Eisenbahn versetzt wurde,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

ihre Inscription ertheilt. Man hatte deshalb eine Kriminaluntersuchung einleiten wollen; da aber kein genügender Grund zu finden war, so ist jetzt den Mitgliedern des Senats in einer Kabinetsordre das Allerhöchste Mißfallen zu erkennen gegeben worden. Die Professoren Rosenkranz und Burdach sollen nie mehr Prorektoren werden dürfen, bis sie Beweise einer veränderten Gesinnung geben werden.

— Die Weser Zeitung berichtet, es sei leider nicht wahr, daß die Deutschkatholiken in Hildesheim vom Staate anerkannt worden; sie hätten sich daher um Anerkennung an die Stände gewendet.

— Die Allgemeine Z. bemerkt in einem Briefe aus Heidelberg, wohl nicht mit Unrecht, daß ein Grund, warum das Volk eine Mehrheit von liberalen Bürgern wählte, darin lag, weil es wünschte, daß das Ministerium Bekk-Nebenius nicht von der Kamarilla gestürzt werde. Der Verfasser, obgleich nicht liberal, erkennt doch an, daß die Wahlen, wenn auch mit großer Rührigkeit, doch im Ganzen mit besonnener Haltung und klarem Bewußtsein dessen, was man wolle, vor sich giengen, so daß sie als der wirkliche Ausdruck der Ueberzeugung und Stimmung des Landes gelten können. Er beklagt, daß man sich nicht entschiedener von der Partei des politischen und kirchlichen Rückschritts losgesagt habe, oder — um seine Worte anzuführen: „daß das sogenannte Centralcomite, dessen Färbung und Wirken (jesuitisch-absolutistische Farbe und Entschädigungen aller Art) eine dunkle Zukunft ahnen ließen, und Blätter wie das Mannheimer Morgenblatt, dessen Cynismus (auf deutsch Gemeinheit) auch die ruhigsten Gemüther erbitterte, nicht zur rechten Zeit entschiedener desavouirt (sondern im Gegentheil mit den obrigkeitlichen Kundmachungen beglückt) wurden, als dies in einigen, wiewohl leisen Andeutungen der Fall war.“

— Nicht nur in Baden, sondern auch in Sachsen wird von den Feinden der Verfassung unwissenden Menschen gesagt, die Abgeordneten bezögen ihre Diäten ohne dafür etwas Anderes zu thun als 3 bis 4 Stunden in der Sitzung zuzubringen und hie und da eine Rede zu halten. Ueber diesen Punkt äußert ein Brief aus Dresden in der deutschen allgemeinen Zeitung: „Häufig wird geglaubt, die Abgeordneten führten in Dresden ein bequemes Leben; ihre ganze Arbeit bestehe darin, täglich 3 bis 4 Stunden in der Kammer zu sitzen und gelegentlich einmal eine Rede zu halten, wofür sie jeden Tag 3 Thlr. bekämen. Allein in der Nähe betrachtet sieht es doch anders aus, namentlich was die Mitglieder der Deputationen anlangt, denn diese haben während des Landtags angestrengter zu arbeiten, als jemals daheim im eigenen Geschäfte. Außer den Kammersitzungen, welche häufig 5 Stunden und mehr noch in Anspruch nehmen, finden beinahe täglich Deputationssitzungen statt. Abgeordnete, welche mehreren Deputationen gleichzeitig angehören, haben mitunter in Einem Nachmittage (bis Abends 10 Uhr) zwei solcher Sitzungen abzuwarten, und sind sie Berichterstatter, so sollen sie außerdem noch schriftliche Arbeiten liefern, die oft von bedeutendem Umfange sind. Rechnet man dazu den Briefwechsel, den ihnen die Trennnug von Haus und Geschäft verursacht, die Anliegen, mit denen sie als Abgeordnete von vielen Seiten angegangen werden (mancher hat gewiß ein Viertelhundert Petitionen zur Durchsicht und Bevorwortung zugesendet erhalten), und die Zeit, welche die Vorbereitung auf die Kammersitzungen in Anspruch nimmt, so kann man begreifen, daß es Tage gibt, wo Manchem kaum eine Stunde zur Erholung bleibt. Endlich muß man, um einzusehen, daß die Thätigkeit des Abgeordneten in der That ein Opfer für das Vaterland ist, in Anschlag bringen, daß beinahe alle eine Störung ihres Berufsgeschäfts, dem unterdessen das Haupt fehlt, erleiden: eine Störung, die bei einigen, z. B. bei den Advocaten, selbst nach dem Schlusse des Landtags sehr empfindliche Nachwirkungen hinterläßt.

— Aus Mecklenburg und Hannover kommen Berichte, welche den Anschluß dieser Länder an den Zollverein in Aussicht stellen. In Mecklenburg sei die Regierung dafür, und nur die Abneigung der Stände, welche noch an gewissen Vorurtheilen hängen, zu besorgen. Die Vorurtheile werden übrigens schwinden, wenn der große Gegenstand ernstlich berathen wird. Möchten die Berichte auf Wahrheit beruhen! Der Zollverein kann für Deutschland dann erst werden, was er soll, wenn die Küstenländer zu seinem Gebiete gehören.

— Die deutsche allg. Zeitung schreibt aus Wien vom 1. April: „Eine verbürgte Thatsache, welche seit einigen Tagen das allgemeine Stadtgespräch bildet, ist der Selbstmord des Priors der hiesigen Liguorianer, der ein geborener Pole und allem Anscheine nach in die aufrührischen Umtriebe verflochten war. Dem Vernehmen nach hatte er bedeutende Geldsendungen nach den Gegenden der Insurrektion spedirt; als er sich entdeckt glaubte oder wußte, blieb ihm kein Ausweg mehr als Tod oder Gefängniß. Die bekannte polnische Resignation bestimmte ihn, erstern vorzuziehen, und man fand ihn eines Morgens an seiner Binde erhängt. Welches Beginnen! Welche Charaktere! Welche merkwürdige Complicität der Ver-

hältnisse! Es ist nicht zu läugnen, daß die Liguorianer sich gewissermaßen als Vorläufer der Jesuiten hier benehmen und als solche angesehen werden. Die Art und Weise, wie sie die Religion behandeln, erinnert zu sehr an die verrufenen Grundsätze des durch die Bulle Sollicitudo ömnium neu ins Leben gerufenen Ordens. Es ist also unvermeidlich, daß dieser Vorfall in gewissen Sphären auf die mißlichste Art von der Welt nachklingen wird. Hohe, ausgezeichnete Personen hatten sich dem geistlichen Rathe dieser Patres im unbedingtesten Vertrauen ergeben; man war gewohnt, sie als Leute zu betrachten, die im Interesse der polnischen Gewalt zu arbeiten schienen, man war jedoch sicherlich weit entfernt, sich einzubilden, daß irgend einer derselben sich zu Conspirationen hinreißen lassen könnte. Ohne Folge kann dieses Ereigniß nicht bleiben. Freilich bleibt noch die der Congregation vortheilhafte dialektische Wendung übrig, daß sie für das Treiben einzelner Mitglieder nicht verantwortlich gemacht werden könne. Indessen, man weiß, wie es in solchen Fällen zu gehen pflegt. Ein Flecken dieser Art haftet fest, und sein Einfluß erstreckt sich durch eine Art unvermeidlicher Rückwirkung weiter als man glaubt. Mehrere andere Mitglieder des Ordens sollen verschwunden (d. h. in Oesterreich: entflohen oder verhaftet) sein.

— Die Freiburger Z. zeigt heute (Nr. 99) eine, wenn auch nur schwache doch merkliche Spur möglicher Besserung. Seit einiger Zeit verläugnet sie, wie früher schon berichtet, das sel. Morgenblatt, dem sie früher die schlechtesten Artikel nachzudrucken pflegte. Heute thut sie einen Schritt vorwärts, indem sie an die Spitze ihres Blattes eine Mittheilung aus dem Mannheimer Journal stellt, die Preßprozesse des Hrn. v. Struve betreffend. Ferner befolgt sie unsern Rath, indem sie aus der Augsburger Postzeitung die Nachricht abdruckt, daß sich Fürst Wrede von dem baierischen Landtage zurückgezogen habe.

— An der Süddeutschen (Nr. 68 u. 69) könnte sich die Freiburger Z. ebenfalls ein Beispiel nehmen. Jene druckt nämlich herzhaft dem Rheinischen Beobachter den Artikel ab, der einer angeblich erschienenen aber nicht aufgenommenen Flugschrift über die Umtriebe der ultramontanen Partei in Baden viel Schlimmes nachsagt. (S. Nr. 138 S. 544 unseres Blattes). Sie behauptete früher schon, die Flugschrift oder Circularnote, oder was es sonst sein mag, zu kennen und zu wissen, daß sie von einem Würtemberger über Schaffhausen nach Frankfurt geschickt worden sei. Sie traute sich damals nicht recht, davon zu sprechen, der Rhein. Beobachter aber hat ihr Muth gemacht. Man hat ihn übrigens, wie oben schon bemerkt, von Berlin aus belehrt, daß es sich für ihn nicht schicke, der wälschen Partei Artikel zu liefern. Aus einem kurzen Aufsatz in Nr. 68 der Süddeutschen, betitelt: „Noch ein Urtheil über Gervinus" scheint die Censur leider ein Paar Schimpfworte gestrichen zu haben, wodurch der Schluß unverständlich wird. Wir glauben jedoch nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß dem Herausgeber der Landtagszeitung das Urtheil dahin gesprochen werde, er verstehe nicht viel von der Geschichte des geistigen Lebens der Deutschen, von Religion, Poesie und eben daher auch von wahrer, umfassender Politik; er habe auch nicht das Organ zu einer etwas mehr als ganz oberflächlichen Betrachtung dieser Dinge.

Wenn wir den Herrn Censor in Freiburg um etwas bitten dürfen, so besteht es darin, er möge doch ja der Süddeutschen die „edle Sprache", besonders gegen den Herausgeber dieses Blattes, nicht verkümmern. Das Blatt verliert sonst die eigenthümliche Würze, die dem seligen Morgenblatte zu dem Ansehen verholfen hat, dessen es genießt, und deren die Süddeutsche nicht ganz entbehren kann. Der Ausspruch der Süddeutschen, daß wir von dem und jenem nicht viel verstehen, ist ganz richtig; aber was die deutsche Literatur und Geschichte betrifft, so besitzen wir die besten Zeugnisse über wohlbestandenes Examen. Mit dem, was wir nicht verstehen, pflegen wir uns nicht zu befassen, und die Süddeutsche wäre jetzt nicht so übel daran, wenn sie es eben so gemacht hätte.

In einem Aufsatze aus der Neckargegend werden der Süddeutschen verschiedene Vorschläge gemacht, um künftig andere Wahlen zu Stande zu bringen. Der Verfasser lebt noch in den vorsündfluthlichen Zeiten des Petitionensturms, ist plötzlich erwacht und kann sich noch nicht zurechtfinden in die Erscheinungen vom 3. April. Er schimpft auf die liberalen Bürger, als ob sie noch nicht gewählt wären, als ob er noch einmal die große Volksbethörung zu versuchen hätte. Er behauptet, das Volk habe zu ihnen gesagt: wir wollen euch nicht, während gerade das Gegentheil der Fall ist. Er behauptet ferner, die unendliche Mehrzahl des Volkes habe keinen Antheil an den Wahlen, und doch haben die jesuitischen Flugschriften kein Haus verschont und wesentlich beigetragen, daß die Partei von der sie ausgingen, nicht einen einzigen Deputirten durchsetzte. Der Verfasser kömmt endlich zu seinen Vorschlägen. Er sagt: nicht das Volk hat die Abgeordneten gewählt, sondern die Wahlmänner haben es gethan, folglich dürfen in Zukunft keine Wahlmänner mehr gewählt werden. Die Verfassung muß zu diesem Behufe dahin abgeändert werden, daß direkte Wahlen mit einem Census stattfinden und daß jeder Stand durch eine verhältnißmäßige Anzahl von Mitgliedern ver-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

treten werde. Die Wahlen haben den Verfasser offenbar confus gemacht. Ein Census kann ihm nicht helfen, denn die Süddeutsche hat ihm oft genug gesagt, daß eben die Reichen, welche den Census haben, an dem Unglück liberaler Wahlen schuld seien. Mit den Wahlen nach Ständen bezweckt er offenbar die Erwählung katholischer Geistlichen. Aber wer hat denn dem einzigen katholischen Geistlichen, der früher gewählt war, dem Herrn Pfarrer Dominikus Kuenzer, dem die Süddeutsche schon so oft ihren Segen ertheilte, — wer hat ihm den Eintritt in die zweite Kammer verwehrt? Die erzbischöfliche Kurie war es, und das Volk mußte also zu der Ansicht kommen, der Erzbischof wolle nicht, daß ein Geistlicher, „angezogen von dem Schimmer politischer Thätigkeit, sich angewöhne, das seelsorgerliche Amt, welches er sich zu seinem Lebensberuf gemacht, als untergeordnet, oder als Nebensache zu betrachten." So lautete der Grund, welcher damals für die Urlaubsverweigerung des einzigen, in die Kammer gewählten katholischen Geistlichen angegeben wurde. Das Volk hat ein besseres Gedächtniß als die Süddeutsche und ihr Mitarbeiter aus der Neckargegend, es wollte der Ansicht der Kurie nicht entgegen handeln und wählte darum keinen katholischen Geistlichen. — Die Süddeutsche führt zwar unmittelbar nach den Vorschlägen aus der Neckargegend das Schreiben des Bischofs von Freiburg im Uechtlande an, worin die Pfarrer angewiesen werden, sich in die Wahlen einzumischen; allein der Erzbischof von Freiburg im Breisgau muß doch in Baden mehr gelten, als der Bischof von Freiburg im Uechtland, besonders wenn er den Geistlichen anbefiehlt, sich der Seelsorge zu widmen und sich nicht anziehen zu lassen vom Schimmer politischer Thätigkeit; sodann haben im Uechtlande die beiden Städte Freiburg und Murten (dieses ist freilich reformirt) liberal gewählt, eben so, dem Vernehmen nach, zehn Landbezirke; wozu also ein Schreiben anführen, das nichts geholfen hat? Endlich ermahnt die Süddeutsche wiederholt ihre Gläubigen zum Gebet und tröstet sich über ihre Niederlage mit der Vergänglichkeit alles Irdischen: „Wo ist das große Perserreich, wo des großen Macedoniers großes Nationenreich? Sie sanken hinab in's schaurige Völkergrab, aus ihrem Aschenhügel erstand ein neuer Phönix, zur neuen Vergänglichkeit gebildet." Die frommen Betrachtungen halten aber nicht lange, denn schon in der folgenden Nummer (Nr. 69) geht es wieder über die Radikalen her, wobei die Süddeutsche mit dem „Entwurzler" in der Freiburger Z. anbindet. Der einfältige Mensch hätte die Radikalen nicht „Entwurzler" nennen sollen, sondern „Ohnewurzeln" analog den französischen „Ohnehosen." Die Radikalen hätten selbst keine Wurzeln, könnten daher auch Andern keine ausreißen; sie seien Alle mit einander Despoten, welche List anwenden, weil sie keine Gewalt haben. Sie taugen eben so wenig wie die Conservativen, die eigentlich auch nichts anderes sind als Ohnewurzeln und den Triumph der Jesuiten hassen u. s. w. Wenn die Süddeutsche nicht wälsch wäre, wenn sie nur einen Tropfen deutschen Blutes in den Adern hätte, sie könnte Einen dauern! Mit Sigmaringen scheint es ihr auch nicht glücken zu wollen, nach einem Artikel, worin sie klagt, daß die Regierung nicht auf Staatskosten Jesuiten bilden lassen wolle; am Ende muß sie gar noch die Erklärung eines langensteinischen Rentbeamten aufnehmen, daß ein Artikel von ihr über die Versammlung der Stockacher Wahlmänner im Adler zu Eigeltingen eitel Lüge und Verläumdung enthalte. Wir wünschen ihr Geduld im Leiden! —

— Das sel. Morgenblatt enthält heute (Nr. 86) kein Sendschreiben und keine Fortsetzung von Herrn Hofrath Platz, welcher vermuthlich für die Herstellung seiner Gesundheit zu sorgen hat, wenn richtig ist, was er uns sagte, nämlich, daß er in seiner Abwesenheit durch Dolchstöße in den Rücken verwundet, außerdem noch vergiftet und endlich in Wertheim nicht wieder gewählt worden ist. So viel auf einmal muß selbst einem „Riesentödter" zusetzen. Dafür druckt das sel. Morgenblatt einen Artikel aus der illustrirten Zeitung ab, aber ohne die Bilder, die bekanntlich die Hauptsache sind. Der Text ist ganz schlecht, er ist nur Nebensache und eben darum für kein anderes Blatt zu brauchen, als für das sel. Morgenblatt. Aus dem Unterrheinkreis bringt es eine Arbeit die einer Eberlin'schen so ähnlich sieht, wie ein Tropfen Wasser dem andern. Er ist sehr munter gehalten und sagt ungefähr folgendes: daß im 32. Aemterwahlbezirk Geh. Referendär Junghanns gewählt wurde und Geh. Rath Mittermeier durchfiel, war ein Donnerschlag für die Radikalen. Kein Donnerschlag war es dagegen für Herrn Eberlin, daß nicht Er, sondern eine liberale Mehrheit gewählt wurde; denn die Eberlin'schen Flugschriften müssen erst vollständig verschwinden, ehe es besser werden kann. Die Zeit ist geisteskrank, weil sie nichts vom Jesuitismus hören will und doch dem unbekannten Centralcomite Geld schickt, um die zahllosen Flugschriften von Winterer, Eberlin und Comp. zu bezahlen. Aber die Zeit wird schon wieder gesund werden, sobald sie sich von den genannten Herren überzeugen läßt, daß der Rückschritt der wahre Fortschritt ist. Nur dann kann diese edle Sippschaft vor einem Trauerspiel bewahrt werden, wozu ihre langen Gesichter das Vorspiel sind. Die Süddeutsche hatte doch noch Philosophie, eine gewisse

Würde in ihrer Resignation; beim sel. Morgenblatt aber ist Alles burlesk, Zorn, Verblüffung und Entsagung.

— Die Seeblätter berichten von den Festlichkeiten, wozu die Wahlen in Stockach (Straub) und Bonndorf (Welcker) Anlaß gaben. Ein Zeichen der allgemeinen Theilnahme an den letzten Wahlen ist wohl auch die Einrichtung von Signalen, womit im Schwarzwalde wie in der Neckargegend das Wahlergebniß schneller als durch die Eisenbahn bekannt gemacht wurde. Sobald in Bonndorf Welcker die absolute Stimmenmehrheit erhalten hatte, regten sich die Signale und trugen die frohe Nachricht pfeilschnell in die umliegenden Gemeinden, wo sie mit Böllerschüssen begrüßt wurde. Auf diese Weise erfuhren die Wahlmänner in dem 7 Stunden entfernten Waldshut Welcker's Erwählung, noch ehe das Wahlgeschäft in Bonndorf beendigt war.

— Ein Brief vom Neckar in der Oberrheinischen Z. begrüßt das Ergebniß der Wahlen wie folgt:

„Das Haupttreffen der großen Wahlschlacht wäre denn geschlagen, nur einzelne Nachzügler werden sich noch zu messen haben und auch von diesen lassen sich schon so ziemlich die beiderseitigen Sieger bestimmen. Wir können den Plan bereits mustern und mit patriotischem Stolze und mit hoher Freude dem Volke die Siegespalme überreichen. Es hat Angesichts der mit freudig bangenden Blicken es beobachtenden Brudervölker laut und entschieden auf die an es ergangene Aufforderung geantwortet; es ist für seine ihm theuer gewordenen Männer freudig eingestanden und hat die Pseudo-Patrioten, welche man ihm auf offenen und geheimen Wegen mit allen Mitteln der Cabale und Intrigue, wider Wunsch und Willen, aufdringen wollte, verläugnet. Der 3. April wird in den Annalen der badischen Geschichte stets ein denkwürdiger Tag bleiben; Bürgermuth und Volksaufklärung wurde zur deutschen Grenzmark, an welcher sich Verdammungssucht, Aberglaube und Fanatismus den Kopf zerschellte. In dem Augenblicke, als die Volkssache gesiegt, als Böllerschüsse von den Bergeshöhen des Schwarzwaldes den Thalbewohnern die Siegesnachricht zusandten, als Volksjubel über die Fläche des See's hin ertönte, und Freude und Jubellust das weite Rheinthal und die Nachbarthäler durchzitterte, da verkroch sich das lichtscheue Gezücht und die Engel des Lichtes triumphirten. Die Badener haben nicht nur für sich, sondern auch für ihre deutschen Mitbrüder den ihnen anvertrauten Gränzwall vertheidigt und den Feind zum zweitenmale zurückgeworfen, eingedenk des Spruches Esdras: „Und die da bauten an der Mauer, mit der einen Hand thaten sie die Arbeit, mit der andern wehrten sie dem Feinde."

— In die Mannheimer Abendzeitung haben fünf Wahlmänner aus Wiesloch folgende Aufforderung einrücken lassen, welche dem sel. Morgenblatt gilt:

„Einer der Wahlmänner des Wahlbezirks Wiesloch soll zu wiederholten Malen geäußert haben, daß ihm von der liberalen Partei dreißig Louisd'ors für seine Stimme geboten worden seien. — Derselbe wird hiermit aufgefordert, öffentlich zu erklären, ob er dieß wirklich geäußert habe, und falls es geschah, mit welchem Rechte. Wenn er den Beweis seiner Behauptung schuldig bleibt, so ist er ein Lügner und Verläumder."

Vom 12. und 13. April.

— Die Censur ist eine Einrichtung, welche gegen die Vernunft, gegen das Recht, gegen das Grundgesetz des Staates und in unserer Zeit sogar gegen das eigene Interesse Derjenigen, von denen sie geübt wird, streitet. Sie kann Niemanden mehr nützen, sie schadet nach allen Seiten. Mit wahrhaftem Bedauern bemerken wir, daß die Censur seit einiger Zeit auch die Süddeutsche Zeitung drückt und sie an der freien Mittheilung ihrer Gedanken hindert. Die Süddeutsche Zeitung hat so gut das Recht, ihre Meinung zu sagen, wie die Karlsruher und jede andere Zeitung. Wo es sich zeigt, daß die Censur irgend eine vorhandene Geistesrichtung niederdrücken will, da sollte in den Organen der periodischen Presse jeder Parteizwist aufhören; alle sollten sich insgemein erheben, um zu Gunsten der bedrückten Richtung das erste Recht Aller, das Recht der freien Meinungsäußerung nachdrücklich in Schutz zu nehmen. Daß die Süddeutsche die frühere Mannheimer Censur gelobt, war — wie sie jetzt selbst einsehen muß — taktlos, es kann uns aber nicht abhalten, zu erklären, daß wir den gegen sie geübten Censurdruck für unrecht, und im Interesse der Regierung für beklagenswerth halten. — Die Blätter anderer Farbe aber können, wenn sie ehrenhaft handeln wollen, die Richtung der Süddeutschen nicht mehr bekämpfen, sobald sie wahrnehmen, daß diese nur noch verstümmelte Artikel bringen darf. Zu diesen Bemerkungen veranlaßt uns der offenbar von der Censur stark mißhandelte Aufsatz in Nr. 70 der Süddeutschen: „Die badischen Landtagswahlen und ihre Erklärung." Dieser Aufsatz sollte die früher versprochenen Enthüllungen über die Art und Weise bringen, wie die Süddeutsche bei den Wahlen von den Ministeriellen angeblich getäuscht wurde. Die

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Censurverheerungen haben davon etwa folgendes übrig gelassen: Die süddeutsche Bewegung habe die Auflösung des vorigen Landtags erwirkt; sie allein hätte es auch vermocht, dem Ministerium von der bürgerlichen Mehrheit zu helfen. Zwischen der süddeutschen und der ministeriellen Partei „war bis zu einem gewissen Grade allerdings ein Bündniß möglich. Man (wer?) wandte sich mehrmals an die süddeutsche Z. mit dem Wunsch, die konfessionelle Entschiedenheit zu mildern, um ein Bündniß zwischen den konservativen Protestanten (Pietisten à la Eberlin) und Katholiken (à la Winterer) zu ermöglichen. Schwer überzeugbar gab diese nach, so weit es ihre (jesuitischen) Grundsätze duldeten." Allein das Ministerium (!) nahm das Bündniß nicht redlich an. Die Partei suchte das Bündniß der ultramontanen noch auf einem andern Wege, durch die Gründung des unbekannten Centralcomites in Mannheim. Dies war freilich ein großer Fehler, denn einfältiger als das Centralcomite mit seinen grünen Zetteln, seinen Flugschriften nebst Morgenblatt von Winterer, Eberlin und Comp., seinen Tunna, Redlich und Entschädigungen aller Art, — einfältiger als dies jämmerliche Centralcomite hätte ein George Dandin nicht verfahren können. Darum wird es auch von der Süddeutschen mit Recht frischweg verläugnet. Diese gibt an, das Centralcomite sei keine Schöpfung der ultramontanen Partei gewesen, was schon aus seiner Zusammensetzung hervorgehe; zu einer Zusammenkunft habe dasselbe aus sich zwei Katholiken, zwei Protestanten und einen Israeliten abgeordnet (richtig ist, daß neben dem kirchlichen Rücksichtritt auch der politische in dem Centralcomite vertreten war). Auch die, von demselben zu Abgeordneten vorgeschlagenen Männer seien keine Ultramontanen gewesen.

Die süddeutsche Partei, welche in ihrer Zeitung, in ihren Flugschriften und in einem Rundschreiben an die katholische Geistlichkeit dem Bündnisse mit den Pietisten und Ministeriellen selbstverläugnend treu geblieben, habe sich von den Bundesgenossen nicht nur desavouirt, sondern selbst bekämpft gesehen. Dies habe sie zwar nicht sehr überrascht aber doch geschmerzt und sie werde künftig gegen die falschen Bundesgenossen in die Schranken treten. So weit dieser Theil des Aufsatzes. Da nun dies stehen geblieben, warum hat die Censur den Rest gestrichen? Es läßt sich Alles errathen. Entweder sind die Angaben der Süddeutschen richtig, dann mögen sie den Betreffenden für die Zukunft zur Warnung dienen; das Streichen macht geschehene Dinge nicht ungeschehen, und was in der Süddeutschen vermuthlich noch mit einiger Schonung gesagt worden wäre, das wird bald in der Augsburger Postzeitung nur um so derber aufgetragen werden. Oder die Angaben sind unrichtig; dann hätte man Berichtigungsartikel in der Karlsruher Z. loslassen können.

Will man gegen den verstümmelten Artikel mit Berichtigungen vorfahren, so hat man den Vorwurf, unloyal zu handeln, mit Recht zu gewärtigen; die Süddeutsche wird dann sagen: erst läßt man durch die Censur unsere Gedanken entstellen und unterdrücken, dann fällt man uns an. Man macht uns wehrlos, ehe man es wagt, uns anzugreifen. — Wir können daher unsere Ansicht nur wiederholen, daß der süddeutschen Z. die freie Meinungsäußerung nicht verkümmert werden möchte; dies kann um so weniger Anstand finden, als weder der Bundestag, noch die großen Mächte Einsprache dagegen erheben werden. Die badische Regierung aber wird in ihrem eigenen Interesse Gründe genug finden, selbst den Schein zu vermeiden, als fürchte sie sich vor der süddeutschen Partei und als könne sie gegen die Angriffe derselben sich nur durch die Censur vertheidigen. — Der zweite Theil des erwähnten Aufsatzes enthält die schon mehrmals da gewesene Ausführung, daß nicht das Volk, sondern die Wahlmänner die Abgeordneten wählen, daß die Süddeutsche gar nicht auf die Wahlen eingewirkt habe, daß also auch nicht sie, sondern die Ministeriellen bei den Wahlen geschlagen worden sei. Lassen wir ihr diesen Trost, der lediglich auf einer Selbsttäuschung beruht. Ein langer Brief von der obern Donau ergeht sich in dem nämlichen Thema bezüglich auf die Wahl von Stockach. Er sagt: „Als die Nachricht kam: Straub ist gewählt, — da ward ein Schrei des Entsetzens vernommen, nicht nur in den badischen Orten, sondern auch in den benachbarten Würtembergischen." Denn nicht das Volk hat Straub gewählt, sondern die Feinde des Volkes haben es gethan und diese Feinde sind alle Leute, welche lesen und schreiben können; alle, welche Geld oder Grundbesitz haben; alle, welche Erziehung und Bildung besitzen, namentlich auch die Bürger in den Städten und sogar diejenigen Geistlichen, welche christliche Liebe und deutsche, vaterländische Gesinnung hegen, also den friedenstörenden Hetzereien der wälschen Partei kein Gehör geben. Das Volk der Süddeutschen schmilzt sonach zu dem kleinen Häuflein derer zusammen, die nicht lesen und schreiben können, und sich daher von der wälschen Partei leicht anführen lassen. Dieses Volk — das ist richtig — hat Straub nicht gewählt.

— Nach den Freiburger Blättern hat Hr. Geh. Rath Kern die auf ihn gefallene Deputirtenwahl von Breisach angenommen.

Deputirtenwahl.

In Karlsruhe wurde heute den 15. April gewählt: Kaufmann Goll mit 47 Stimmen (bei dieser Wahl erhielt Kunstgärtner Männing 22, Hofkaminfeger und Gemeinderath Bautz 8 Stimmen) Hofbuchhändler Knittel mit 74 Stimmen (weitere Stimmen erhielt Männing 5). Der pensionirte Hofrichter Stößer in Konstanz mit 49 Stimmen (Ministerialrath Weizel erhielt 31 Stimmen).